

AKTIV.IST.IN

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE



NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 3 / SEPTEMBER 2021

FESSELN ABWERFEN

Indigene Frauen wehren sich
Widerstand in Belarus

AFGHANISTAN

Frauen und Mädchen
in akuter Gefahr

SETZ DICH EIN

für protestierende Frauen in Mexiko
für Feministinnen im Iran

© Ruth Strehl



NETZWERK FRAUENRECHTE





WEB
frauenrechte.amnesty.at

E-MAIL
frauenrechte@amnesty.at

FACEBOOK
@amnestynetzwerkfrauenrechte

TWITTER
@AlFrauenrechte

INSTAGRAM
amnesty_frauenrechte

SPENDENKONTO
BIC: GIBAAWXXXX
IBAN: AT14 2011 1000 0031 6326

lautend auf
AMNESTY INTERNATIONAL
ÖSTERREICH

Verwendungszweck:
NETZWERK FRAUENRECHTE

Spenden an Amnesty sind
steuerlich absetzbar.

Liebe Unterstützer*innen! Liebe Amnesty-Freund*innen!

„Frauen müssen Frauen beschützen. Wir müssen daran glauben, dass es unsere Pflicht ist, für unsere eigenen Rechte zu kämpfen – und für die der anderen Frauen“, fordert Sana Safi, 1989 geboren in Kabul. Sie lebt und arbeitet als Journalistin in Großbritannien.

20 Jahre lang haben Frauen in Afghanistan Schritt für Schritt ihre Rechte erkämpft. Hunderttausende Mädchen konnten in die Schule gehen, Frauen arbeiteten als Journalistinnen, Bürgermeisterinnen oder Unternehmerinnen. Bis vor kurzem die Taliban die Macht wieder an sich gerissen haben und Frauen systematisch unterdrücken und ihre Grundrechte missachten.

Wir bei Amnesty Österreich stehen Seite an Seite mit den afghanischen Frauen und Mädchen. Wir vergessen sie und ihren Kampf für ihre Rechte nicht. Wir kämpfen weiter für sie. Seien es die engagierten Frauen des Netzwerk Frauenrechte, das ehrenamtliche Präsidium, die Mitarbeiter*innen im Büro oder die über 70.000 Spender*innen in Österreich – gemeinsam und unermüdlich setzen wir uns für die Rechte von Frauen rund um die Welt ein: für protestierende Frauen in Mexiko, für die Aktivistinnen im Iran – und für Frauen hier in Österreich ein, aktuell für Arbeitsrechte in der 24-Stunden-Betreuung. Auch wenn der Weg zu mehr Gerechtigkeit für Frauen oft steinig oder manchmal sogar unmöglich scheint – unser Einsatz wirkt.

„Hoffnung ist eine Disziplin – wir müssen sie jeden einzelnen Tag üben“, ermuntert uns die US-Bürgerrechtsaktivistin Mariame Kaba.

Lasst uns daher jeden Tag Hoffnung üben und unsere Stimme erheben, damit Mädchen und Frauen in Afghanistan bald wieder frei von Gewalt und Unterdrückung leben können.

*Annemarie Schlack
Aurélie Tournan*

Geschäftsführerinnen von Amnesty Österreich



© Elisabeth Mandl

INHALT



Foto von Ruth Strehl, NW Frauenrechte, für die Kunstaktion KreAktiv zu den 16 Tagen gegen Gewalt an Frauen 2020

3 ERFOLGE Danke für Deinen Einsatz!

4 AFGHANISTAN Taliban-Herrschaft gefährdet Frauen und Mädchen

8 PAKISTAN Majida Razvi: erste Höchststrichlerin

8 IRAN „Weiße Folter“ Einzelhaft

10 IRAN Freiheit für Yasaman und Monireh

11 EUROPA Der Green Deal und die Frauen

12 MEXIKO Polizeigewalt gegen protestierende Frauen

15 DIES & DAS Kurzmeldungen

16 PERU Indigene Frauen wehren sich

18 MAROKKO Überleben als Migrant*in

21 ÄTHIOPIEN Sexuelle Versklavung im Tigray-Konflikt

22 BELARUS Von Gefeierte zu Verfolgte

23 BELARUS Freiheit für Marfa Rabkova

24 SIMBABWE Geburtsfisteln: Leiden und Stigma

25 APPELLBRIEFE Bitte absenden!

31 ÖSTERREICH Arbeitsrechte für 24-Stunden-Betreuerinnen / Impressum

32 FÜR AMNESTY Jetzt spenden!

DEIN EINSATZ HILFT

Danke für Deine Unterstützung!

ÄGYPTEN. Die Menschenrechtsanwältin und Aktivistin Mahienour el-Masry ist am 18. Juli vorläufig freigelassen worden. Sie war 22 Monate willkürlich in Untersuchungs-



© Hossam el-Hamalawy

haft gehalten worden. Immer noch laufen Ermittlungen zu haltlosen Anschuldigungen wegen „Veröffentlichung und Verbreitung von Falschmeldungen“ und „Beteiligung an terroristischen Straftaten“ gegen sie.

SAUDI-ARABIEN / SRI LANKA. 41 sri-lankische Arbeitsmigrantinnen konnten nach Sri Lanka zurückkehren. Sie waren zum Teil seit 18 Monaten in Saudi-Arabien in Abschiebehaft festgehalten worden. Das sri-lankische Außenministerium bestätigte die Rückführung in einer Erklärung, und auch Amnesty konnte die Rückkehr der Frauen nach Sri Lanka durch Informationen aus unabhängigen Quellen bestätigen.

Danke, wenn du den Appellbrief in der letzten Ausgabe der AKTIV.IST.IN abgeschickt hast.

HONDURAS. Berta Cáceres war eine mutige Frauen- und Menschenrechtsverteidigerin:



© Sergio Ortiz

Sie riskierte ihr Leben, um die Rechte des indigenen Volks der Lenca, ihr Zuhause und die natürlichen Ressourcen des Landes, in dem sie leben, zu verteidigen. In der Nacht vom 2. März 2016 wurde sie in ihrem Zuhause in Intibucá, Honduras ermordet. David Castillo, ehemaliger Manager des Unternehmens *Desarrollos Energéticos* und Verantwortlicher für das Wasserkraftprojekt *Agua Zarca*, wurde nach fünf Jahren für schuldig befunden, als Mittäter an der Ermordung von Berta Cáceres 2016 beteiligt gewesen zu sein.

SAUDI-ARABIEN. Am 27. Juni 2021 wurden die beiden saudi-arabischen Frauenrechtsaktivistinnen Nassima al-Sada und Samar Badawi nach drei Jahren unrechtmäßiger Haft endlich freigelassen. Zahllose Menschen überall auf der Welt setzten sich für die Freilassung von Nassima al-Sada und weiterer in Saudi-Arabien inhaftierter Frauenrechtsaktivistinnen ein – über 777,000 Menschen allein im Rahmen des Briefmarathons 2020.



© privat

TSCHECHIEN. Der tschechische Senat hat im Juli nach langem dafür gestimmt, Tausende von – hauptsächlich Roma – Frauen zu entschädigen, die zwischen 1966 und 2012 von den tschechoslowakischen und später tschechischen Behörden unrechtmäßig sterilisiert wurden. Diese Entscheidung folgt einer jahrelangen Kampagne der Überlebenden für Gerechtigkeit.

SIERRA LEONE. In Sierra Leone saßen bis Ende 2020 noch 94 Menschen in der Todeszelle. Nun hat das Parlament einstimmig für die Abschaffung der Todesstrafe gestimmt – ein Sieg für die Menschenrechte. Der stellvertretende Justizminister von Sierra Leone, Umaru Napoleon Koroma, hatte es bereits im Mai 2021 angekündigt – im Juli ließ das Land Taten folgen.

SCHRECKENSHERRSCHAFT DER TALIBAN: FRAUEN UND MÄDCHEN BESONDERS GEFÄHRDET

Die afghanische Regierung ist zusammengebrochen, die Taliban haben die Macht übernommen. Dies bedeutet einen enormen Rückschritt für die mehr als 19 Millionen Mädchen und Frauen in Afghanistan. Ihnen droht völlige Rechtlosigkeit.

SOLIDARISCH MIT BEDROHTEN AFGHAN*INNEN

Österreich kann und muss jetzt Menschenleben retten!

► Sofortige Evakuierung aus dem Krisengebiet

► Humanitäres Aufnahmeprogramm

► Keine Abschiebungen nach Afghanistan

► Rasche Schutzgewährung

Petition auf [asyl.at](https://www.asyl.at)

Seit dem Fall des letzten Taliban-Regimes im Jahr 2001 hat es im Bereich der Frauenrechte und Geschlechtergleichheit wichtige Erfolge gegeben. So wurde ein Ministerium für Frauenrechte eingerichtet, die neue Verfassung räumte den Frauen die gleichen Rechte ein wie Männern, Frauen bekamen einen verbesserten Zugang zu Bildung und Gesundheitseinrichtungen und Frauen wurden bzw. waren im Parlament vertreten. Frauen konnten endlich am öffentlichen Leben teilhaben. Bis vor kurzem waren noch 3,5 Millionen Mädchen in der Schule. Tausende Frauen waren in der Bildung als Direktorinnen, Lehrerinnen und Bürokräfte beschäftigt. Viele studierten. Trotzdem sind zwei Millionen Mädchen noch nicht zur Schule gegangen, weil es zu wenige Einrichtungen und Lehrkräfte gab. Bis 2019 hatten aber über 1000 Frauen ein eigenes Unternehmen eröffnet. Frauen in Afghanistan hatten es auch in den letzten zwanzig Jahre alles andere als leicht. Obwohl noch viel zu tun war, hatten sich die Rechte der Frauen seit 2001 deutlich verbessert. All dies ist jetzt ernsthaft gefährdet. Mit einem Schlag droht nun der Wegfall dieser Errungenschaften und Frauen und Mädchen sind wieder systematischer Unterdrückung, Gewalt und massiver Diskriminierung ausgesetzt.

KÄMPFERINNEN FÜR FRAUENRECHTE BESONDERS BEDROHT. Amnesty erhält immer wieder dramatische Berichte von der Situation vor Ort. Vor allem jene Menschen, die sich öffentlich für Menschen- und Frauenrechte einsetzen, sind nun akut gefährdet. Ganz besonders Frauen, die sich mutig für Fortschritte in Afghanistan eingesetzt haben, müssen jetzt um ihr Leben und das ihrer Familien bangen.

Aus Taliban-Gebieten erfuhren wir, dass Mäd-

chen verschleppt, zwangsverheiratet und von Soldaten vergewaltigt wurden.

Es gibt ständig Meldungen von der systematischen Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen und Mädchen. In Kabul werden Werbungen von Frauenbildern übermalt, eine Bürgermeisterin postete auf Twitter, dass sie bereits auf ihre Ermordung wartet. Schreckliche Bilder zeigen sich tagtäglich und geben uns nur einen kleinen Einblick, welche Grausamkeiten zu erwarten sind.

BETEUERUNGEN DER TALIBAN ÜBERZEUGEN NICHT.

Während die Taliban behaupten, ihre Ansichten über Frauen gemildert zu haben, gibt es alarmierende Berichte über erneute Beschränkungen für Frauen und Mädchen. Wir befürchten, dass Frauen und Mädchen wieder mit massiven Einschränkungen rechnen müssen.

Eine Rückkehr zu einem Afghanistan, in dem Frauen und Mädchen aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen sind. Vor allem das Leben von exponierten Frauenrechtsaktivistinnen ist in akuter Gefahr.

Die Bilanz von Menschenrechtsverletzungen während der Herrschaft der Taliban von 1996 bis 2001 ist erschreckend – es gibt unzählige Berichte über Gräueltaten der Taliban von öffentlichen Hinrichtungen, Steinigungen, Auspeitschungen und Amputationen. Die Rechte von Mädchen und Frauen wurden massiv eingeschränkt. Sie konnten keine Schule besuchen, keinen Beruf ausüben und sind praktisch aus der Öffentlichkeit verbannt worden.

RECHTE MIT FÜSSEN GETRETEN. Auch zeigten die Taliban kaum Respekt für das Recht auf Leben und auf Freiheit von Folter und anderen Misshandlungen. Sie verletzten systematisch



das Kriegsrecht, indem sie Zivilist*innen, Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen und zivile Einrichtungen wie Schulen – insbesondere Mädchenschulen – angriffen. Wir gehen davon aus, dass sich mit der erneuten Machtübernahme der Taliban die Schreckensherrschaft von damals wiederholen wird.

Unter der neuerlichen Herrschaft der Taliban sind Mädchen und Frauen höchst gefährdet – ihre Rechte auf Freiheit, Bildung und Gesundheit werden mit Füßen getreten.

DAS FORDERT AMNESTY INTERNATIONAL. Während sich die Menschen, und speziell Frauen, in Afghanistan mit dieser neuen grausamen Realität konfrontiert sehen, muss der UN-Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in einer Dringlichkeitsresolution die Taliban – die das Land nun faktisch kontrollieren – auffordern, die internationalen Menschenrechtsnormen zu achten, die Zivilbevölkerung zu schützen und Vergeltungsangriffe einzustellen, während die Verhandlungen über Übergangsregelungen fortgesetzt werden.

Wir gehen davon aus, dass Frauen, die sich für Frauenrechte und Menschenrechte allgemein eingesetzt haben, in Lebensgefahr sind – diese müssen sofort evakuiert werden. Vor allem Frauen in exponierten Positionen

wie Journalistinnen, Bürgermeisterinnen, Aktivistinnen etc. müssen um ihr Leben bangen. Hier fordern wir von der österreichischen Regierung – in Koordination mit allen EU-Ländern – schnelle und unbürokratische Möglichkeiten, aus Afghanistan rauszukommen. Sie und ihre Familien sollten schnell aufgenommen werden.

WAS ÖSTERREICH TUN MUSS. Anstatt über Abschiebungen zu diskutieren, muss die österreichische Bundesregierung nun endlich alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die sichere Ausreise aus Afghanistan für alle Personen zu gewährleisten, die Gefahr laufen, ins Visier der Taliban zu geraten. Zu diesen Maßnahmen zählen die Aussetzung aller Abschiebungen und Zwangsrückführungen, die Beschleunigung der Visaerteilung, die Unterstützung bei der Evakuierung sowie Relocation- und Resettlement-Maßnahmen. Dies bedeutet, dass Österreich besonders bedrohte Menschen aus Afghanistan aufnehmen und ihnen Schutz gewähren muss. Außerdem müssen bereits laufende Asylverfahren und Familienzusammenführungen umgehend abgeschlossen werden.

Die österreichische Regierung muss jetzt handeln und Leben retten!

Ein Bild, wie wir es so bald nicht wieder sehen werden. Fawzia Nawabi, Ermittlerin bei der Unabhängigen Menschenrechtskommission Afghanistans in Mazar-e-Sharif, in einem Schutzhaus für gefährdete Frauen. Amnesty unterstützt seit Jahren mit vielen Kampagnen Frauenrechtsaktivistinnen in Afghanistan.

© Marcus Perkins für Amnesty International, 2015

MAJIDA RAZVI: ERSTE RICHTERIN AM OBERSTEN GERICHTSHOF & KÄMPFERIN FÜR FRAUENRECHTE

Majida Razvi musste viele Hürden überwinden auf dem Weg in Pakistans Höchstgericht. Seit Jahrzehnten und auch nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst setzt sie sich für Frauenrechte ein.

Von Flora Bachmann, Sprecherin des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte. Der Email-Austausch fand in englischer Sprache statt. Zitate wurden übersetzt.

Majida Razvi ist die erste Richterin am Obersten Gerichtshof in Pakistan. Sie setzt sich seit Jahrzehnten für die Rechte von Frauen ein und wurde bereits mit mehreren Auszeichnungen geehrt. Darunter sind der Pakistan Golden Jubilee Celebration Award for Services in Judiciary im Jahr 1997, der Human Rights Defender Award from the Government of Pakistan 2012, sowie eine Nominierung zum Friedensnobelpreis 2005. Ich habe mich in einem E-Mail-Verkehr über ihr Leben und die vielen Hürden auf ihrem Weg in die oberste Gerichtsbarkeit unterhalten.

„SELTSAME KREATUR“. Majida Razvi hatte bereits einen Master in Politikwissenschaft und internationale Beziehungen, bevor sie begann, Jus zu studieren. Von den elf weiteren weiblichen Kommilitoninnen waren es nur mehr fünf, die die Anwaltsprüfung bestanden – Majida Razvi war eine davon. Von 1963 bis 1994 praktizierte sie zuerst an den Bezirksgerichten und dann am Obersten Gericht von Sindh. Auch dort gab es nur wenige Frauen. Razvi erklärt, dass sie daher in den Bezirksgerichten als eine Art Ajuba (seltsame Kreatur) gesehen wurde. Im Obersten Gerichtshof war dies hingegen nicht der Fall. Dort bestand die Herausforderung eher darin, ihre Mandanten von ihrer Qualifikation zu überzeugen: „Ich erinnere mich, als mein Senior mich bat, mich auf meinen ersten Fall vorzubereiten und den Klienten zu informieren, spottete dieser über mich, während ich neben meinem Senior saß. Er war nicht davon überzeugt, dass ich einen guten Job machen würde, und bestand darauf, dass es die Dienste meines Seniors waren, die er engagiert hatte.“ Schlussendlich übernahm Razvi den Fall, und es war der erste von vielen, den sie vor Gericht gewann.

Razvi setzte sich nicht nur vor Gericht für Gerechtigkeit ein, sondern versuchte von innen heraus das Justizsystem zu verändern: „Ich erinnere mich, dass wir einmal über die Ernennung neuer Richter diskutierten und ich anmerkte, warum sie keine Frauen zu Richterinnen ernennen. Und ein sehr erfahrener Anwalt erwiderte: „Es gibt keinen Platz für Frauen in der höheren Gerichtsbarkeit“, was die Einstellung der Männer zeigt, die selbst in den 90er Jahren nicht bereit waren, Richterinnen an Höchstgerichten zu akzeptieren. Und das, obwohl es seit 1964 in Pakistan eine Anzahl an Richterinnen an den Bezirksgerichten gab.

Im Jahr 1994 wurde schließlich die erste Frau zur Richterin am Obersten Gerichtshof von Sindh ernannt. Ihr Name war Majida Razvi. Bis 1999 war sie am Obersten Gerichtshof tätig.

VORSITZENDE DER MENSCHENRECHTSKOMMISSION DER PROVINZ SINDH.

Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Justizdienst kämpfte sie in unterschiedlichen Tätigkeiten weiter für Geschlechter- und Menschenrechte. Von 2002 bis 2005 war sie Vorsitzende der Nationalen Frauenstatuskommission (National Commission on the Status of Women, NCSW).

Zudem ist sie seit der Gründung 2013 Vorsitzende der Sindh Human Rights Commission. Die Kernaufgabe dieser Menschenrechtskommission ist es, Fälle von Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen. Justice Razvi erklärt dazu: „Das Gesetz definiert die Menschenrechte als ‚Leben, Freiheit, Gleichheit und Würde des Einzelnen‘, und wir befassen uns mit allen Geschlechtern. Aber wenn wir von Frauen sprechen, behandeln wir hauptsächlich Fälle von Gewalt an



Justice Majida Razvi bei einer Pressekonferenz zum Amnesty Jahresbericht 2008

DAS FRAUENHAUS PANAH IN KARACHI

Seit Jahren unterstützt das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte das Frauenhaus Panah. Majida Razvi ist Vorstandsvorsitzende des Panah Trusts.

Das Frauenhaus Panah liegt in Karachi, der größten Stadt Pakistans und Hauptstadt von Sindh, einer der vier Provinzen des Landes. Es ist ein Zufluchtsort für Frauen, die zwangsverheiratet wurden oder Betroffene von häuslicher Gewalt, sexuellem Missbrauch, Übergriffen und Ausbeutung sind, unter Bedrohung durch Ehrenmord stehen oder Frauen, die vorübergehend Zuflucht vor anderen sozialen Ungerechtigkeiten suchen. Allein im Jahr 2019 haben dort 263 Frauen und deren 94 Kinder Zuflucht gefunden. Panah steht den Bewohnerinnen mit verschiedenen Unterstützungsangeboten zur Seite.

GESUNDHEITSFÜRSORGE. Den Bewohnerinnen wird Zugang zu erfahrenen und geschulten Psychiater*innen, klinischen Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen geboten, um ihnen zu helfen, die seelischen und körperlichen Traumata zu überwinden, die sie im Laufe der Zeit erlebt haben.

RECHTLICHE UNTERSTÜTZUNG. Ein Team von Pro-Bono-Anwält*innen kümmert sich unter anderem um Angelegenheiten wie Versöhnung, Khula (Scheidung), Sorgerecht für Kinder, Unterhalt, Wiedererlangung von Mitgiftartikeln und häusliche Gewalt. Zudem steht Panah in engem Kontakt mit der örtlichen Polizeistation.

BERUFLICHE BILDUNG. Um den Frauen finanzielle Unabhängigkeit zu ermöglichen, werden Kurse von ausgebildeten Lehrer*innen in Nähen, Computerkenntnisse, Kochen, Kunst, Kosmetik und Handwerk angeboten. Für Frauen, die Interesse und Begabung zeigen, bietet Panah weiterführende Kurse in Institutionen außerhalb des Shelters an.

Durch die Covid-19 Pandemie musste sich auch in Panah einiges ändern. Vorstandsvorsitzende Razvi berichtet, dass vor allem die Bewegungsfreiheit der Bewohnerinnen, insbesondere ihre Ausflüge wie Picknicks und der Besuch von Theateraufführungen, stark zurückgegangen sei. Auch Aktivitäten in Innenräumen seien wegen der sozialen Distanzierung eingeschränkt. Das Gelände biete allerdings einige Freiflächen, auf denen sie sich an der frischen Luft bewegen können. Sie fügt hinzu, dass sich viele der Bewohnerinnen eher frustriert fühlen. Verstärkt wird dies durch die Verzögerung von Gerichtsterminen aufgrund der Lockdowns. Das Personal und die Verwalter*innen sind weiterhin bemüht, ihnen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten.

Mehr Information auf panahshelter.org

Frauen, einschließlich häuslicher Gewalt, Ehrenmord, Belästigung am Arbeitsplatz, Diskriminierung, körperlicher und geistiger Folter und allem, was mit der Definition der Menschenrechte zusammenhängt.“

PIONIERIN, DIE WEGE EBNETE. Ihre Geschichte zeigt uns, dass es für die Pionierinnen, die vor (und für) uns den Weg ebnen, harte Arbeit ist, sich einen Platz zu verschaffen: „Als ich in den Beruf eintrat, gab es nur sehr wenige Anwältinnen, da er im Allgemeinen als Männerdomäne angesehen wurde. Mein Eintritt wurde begrüßt, aber auf unterschiedliche Weise entmutigt. Die männlichen Anwälte erwarteten, dass ich bei den langen Arbeitszeiten und der Arbeit mit hauptsächlich männlichen Mitarbeitern in den Gerichten und Kollegen den Beruf verlassen würde. Aber allmählich merkten sie, dass ich eine harte Nuss war und in dem Bereich bleiben würde. Ich musste wirklich hart arbeiten, vielleicht mehr als Männer, um mich zu etablieren und mir einen Platz zu verschaffen, was ich nach und nach auch tat.“ Die steigende Zahl an Richterinnen in Pakistan führt uns vor Augen, wie wichtig die Arbeit der Pionierinnen wie Justice Razvi ist und welchen Einfluss sie auf die folgenden Generationen hat.



„WEISSE FOLTER ZERSTÖRT MENSCHEN“

Narges Mohammadi im Gespräch: Die iranische Menschenrechtsverteidigerin ist mit ihrem Mut und ihrer Beharrlichkeit ein leuchtendes Vorbild für viele. Obwohl sie jederzeit wieder verhaftet werden kann, setzt sie sich jetzt besonders gegen Einzelhaft, auch „Weiße Folter“ genannt, ein.



© Screenshot, Online-Begegnung

AKTIV WERDEN!

Egal, ob du eine Petition unterschreibst, einer Aktivist*innen-Gruppe beitretest, Mitglied wirst, dich finanziell beteiligst oder alles davon machst: Es gibt viele Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen – mit vielen anderen, als Teil von Amnesty International. Dein Einsatz ist wirksam.

Schau nach auf [amnesty.at/mitmachen](https://www.amnesty.at/mitmachen)

Vom Mai 2015 bis zum Oktober 2020 war Narges Mohammadi inhaftiert, sie erkrankte an Covid-19 zusätzlich zu Vorerkrankungen. Die Behörden brachten ihre Gesundheit und ihr Leben in Gefahr, weil sie ihr die Gesundheitsversorgung verweigerten und sie unter unmenschlichen Bedingungen in Haft hielten. Die Staatsanwaltschaft in Teheran weigert sich, die Beschwerde von Narges Mohammadi von Ende Dezember 2019 wegen mutmaßlicher Misshandlungen durch den Leiter des Evin-Gefängnisses zu verfolgen. Die persönlichen Opfer, die Narges täglich für ihren friedlichen Aktivismus bringt, sind groß. Narges hat ihre beiden Kinder seit Jahren nicht mehr gesehen. Sie leben im Ausland, um Repressalien zu entkommen. Ein Ausreiseverbot, das über Narges verhängt wurde, verstärkt ihren Schmerz als Mutter. „Ich habe immer noch eine Reststrafe von 23 Jahren, dazu kommt eine erneute Strafe

von sieben Monaten und eine Verurteilung zu Peitschenhieben“, berichtet sie gefasst bei der bewegenden Online-Begegnung mit Amnesty-Aktivist*innen und Exil-Iraner*innen.

FEMINISTIN UND TODESSTRAFENEGNERIN. „Ich bin eine Feministin und glaube an die Menschenrechte und die Zivilgesellschaft. Die Regierung im Iran ist frauenfeindlich. Deshalb ist es besonders schwierig, Frauenrechte durchzusetzen. Wir brauchen NGOs, die unsere Rechte geltend machen. Ich habe in elf NGOs mitgearbeitet, die zwei wichtigsten davon sind das Zentrum für Menschenrechtsverteidiger*innen und die Kampagne Legam gegen die Todesstrafe. Seit meiner Freilassung setze ich mich besonders gegen Folter ein“, beschreibt sie kurz ihren Kampf an vielen Fronten.

Narges war selbst in Einzelhaft und hat viele Insass*innen kennengelernt, die lange iso-

liert eingesperrt waren: „Einzelhaft gibt es weltweit. Aber im Iran bedeutet sie völlige Isolation. Zudem sind hier die Personen, die zu Einzelhaft verurteilt werden, keine gefährlichen Verbrecher, sondern zivile Aktivist*innen, Studierende und Frauen.“

Besonders in inoffiziellen Hafteinrichtungen der Revolutionsgarden, euphemistisch als „sichere Häuser“ bezeichnet, ist Isolation häufig. Gefangene, die dort landen, sind für Angehörige nicht auffindbar. Es werden absolut keine Standards der Gefangenenversorgung eingehalten.

DIE TOTALE ISOLATION. In der Einzelhaft gebe es keinen Zugang zu Anwält*innen, Inhaftierte dürfen ihre Familie oder andere Insassen*innen nicht sehen. Es gibt keine Bücher, kein Telefon, nicht einmal einen Stift zum Schreiben. Ein Mensch in Einzelhaft ist zu absoluter Einsamkeit verurteilt. Oft sehen die Gefangenen nie Tageslicht, sie haben keine Uhr und verlieren jedes Zeitgefühl. Manche erhalten ohne medizinische Notwendigkeit Psychopharmaka, die abhängig machen. Wenn Isolationshaft länger dauert, wird die Person psychisch zerstört. Manchmal werden ihr falsche Informationen gegeben, die sie nicht überprüfen kann. Durch diesen massiven psychischen Druck werden Menschen verwirrt. Sie machen falsche Aussagen oder werden zu Geständnissen gedrängt. Aufgrund solcher Geständnisse werden Inhaftierte zum Tode verurteilt - für Verbrechen, für die es keine Beweise gibt.

Die „Weiße Folter“ Einzelhaft hat für Überlebende schwere Folgen. Viele erleiden dauerhafte psychische Schäden – Panikattacken, Schlaflosigkeit, Depressionen - oder sie begehen Selbstmord. Anderen bricht sie den Mut, weiter zu kämpfen aus Angst vor einer neuen

Verhaftung. Einzelhaft ist eine besonders perfide Art der Folter, die keine körperlichen Spuren hinterlässt. Sie vernichtet Menschen und bringt sie zum Verstummen.

Narges Mohammadi: „Ich bin im Gefängnis zu dem Ergebnis gekommen, dass ich gegen die Einzelhaft kämpfen muss, um auch die Todesstrafe zu bekämpfen. Ich bitte Amnesty International um Unterstützung dabei.“

TROTZ ALLEM HOFFNUNG. Die Frage, was ihr Kraft und Hoffnung gibt, beantwortet die Menschenrechtsverteidigerin sehr persönlich und offen. Sie habe während der Einzelhaft eine schwere Krise durchgemacht, weil sie ihre Kinder nicht sehen konnte, gesundheitlich sehr gelitten und ihren Beruf verloren hatte. Trost habe ihr dieses Ziel gegeben: „Ich kämpfe für die Menschenrechte und den Frieden. Wenn ich etwas erreiche, dann auch für meine Kinder, für den Iran und die Welt. Wenn ich gewinne, habe ich nichts verloren.“

Ob unsere vielen Briefe und Aktionen überhaupt Wirkung zeigen, lautete eine naheliegende Frage. In der Einzelhaft erfahre man überhaupt nichts, was sich in der Außenwelt tue, sagt Narges. Im regulären Gefängnis hätten ihr ihre Angehörigen von den Briefen und Protesten berichtet. Das habe ihr das Gefühl gegeben, nicht vergessen zu sein, nicht nur als Person, sondern auch ihre Anliegen. Dafür bedanke sie sich. Sie sei überzeugt, dass sie wegen unseres Einsatzes früher freikam. Und sie bittet uns weiterzumachen.

Das werden wir, motiviert durch ihren Mut und ihre Stärke, gewiss tun.

Narges Mohammadis Buch „Weiße Folter“ enthält Interviews mit 16 Opfern von Einzelhaft und soll demnächst auf Deutsch erscheinen.

HELDIN DES WIDERSTANDS IM IRAN

Am 30. Juli 2021 hatten Amnesty-Aktivist*innen und Interessierte die einmalige Gelegenheit, Narges Mohammadi persönlich in einem Online-Treffen zu begegnen. Um die 60 Teilnehmer*innen lauschten gebannt ihren Worten. Wir danken den Organisator*innen - der Koordinationsgruppe Iran von Amnesty Deutschland und dem Aktionsnetzwerk Mediziner*innen von Amnesty International Österreich - für diese einmalige Gelegenheit, Narges Mohammadi zu begegnen.

Seit Juli ist die Menschenrechtsaktivistin Mitglied im Amnesty-Aktionsnetzwerk Mediziner*innen in Wien. Narges' Mitgliedschaft ist eine große Ehre für Amnesty International Österreich. Der Einsatz und das Engagement für Menschenrechte kann nur über Grenzen hinweg erfolgreich sein. Besonders wichtig ist für das Aktionsnetzwerk Mediziner*innen, ein sichtbares Zeichen zu setzen, dass kein*e Menschenrechtsaktivist*in alleine kämpft. Denn stark sind wir gemeinsam.



FREIHEIT FÜR YASAMAN UND MONIREH



© privat

SETZ DICH EIN!
Bitte schick
den Appellbrief
möglichst bald ab.

Am 8. März 2019 ging im Netz ein Video um die Welt, in dem zu sehen war, wie Yasaman Aryani und ihre Mutter Monireh Arabshahi zusammen mit anderen Frauen in einer U-Bahn in Teheran Blumen an die Passant*innen zum Internationalen Frauentag verteilten. Die Frauen trugen ihre Haare unverhüllt und diskutierten über die Situation der Frauenrechte im Iran. Die beiden Frauen wurden in den Tagen darauf inhaftiert und am 31. Juli 2019 zu je 16 Jahren Haft verurteilt. Es gab mehrere Anklagepunkte wie „Verbreitung von Propaganda gegen das System“, „Versammlung und Verschwörung gegen die nationale Sicherheit“ und „Anstiftung und Begünstigung von Verdorbenheit und Prostitution“. Diese letzte Anklage allein führte zu zehn Jahren Haft.

Bei den unfair geführten Verfahren hatten die Frauen keinen Rechtsbeistand. Auf die Forderung nach einem Verteidiger soll der Richter gesagt haben, dieser könne die Akte ja im Berufungsverfahren einsehen. Während der Untersuchungshaft wurden die Frauen meist

in Einzelhaft gehalten. Sie wurden außerdem gezwungen, vor der Kamera zu gestehen, dass hinter ihrem Verhalten ausländische Kräfte gestanden hätten und dass sie ihre Taten „bereuen“. In einem Berufungsverfahren wurde das Strafmaß im Februar 2020 auf je 9 Jahre und 7 Monate festgesetzt, davon allein 5 Jahre und 6 Monate wegen „Förderung der Prostitution“. Nach iranischem Recht muss immer nur die längste der Haftstrafen abgeleistet werden, also hier jeweils 5,5 Jahre.

Yasaman Aryani war an Covid erkrankt und wurde nicht ausreichend medizinisch behandelt. Monireh Arabshahis Schilddrüsenerkrankung bedarf dringend einer medizinischen Versorgung.

Mitte Mai 2021 durfte Monireh Arabshahi aus medizinischen Gründen das Gefängnis für 12 Tage verlassen. Der Gefängnisarzt hatte wegen der Schilddrüsenerkrankung eine Untersuchung im Krankenhaus veranlasst. Yasaman Aryani durfte vom 6. Juli an für sieben Tage das Gefängnis verlassen.

AMNESTY FORDERT ERMITTLUNGEN GEGEN PRÄSIDENT RAISI

Anstatt dass gegen Ebrahim Raisi wegen Verbrechen nach internationalem Recht ermittelt wird, übernahm er das Präsidentenamt im Iran. Das ist eine düstere Erinnerung an das internationale Versagen, der systematischen Straflosigkeit im Iran entgegenzutreten. Amnesty dokumentierte vergangene und noch andauernde Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit den Gefängnismassakern im Iran 1988 und identifizierte Ebrahim Raisi als Mitglied der „Todeskommission“, die für das Verschwindenlassen und für außergerichtliche Hinrichtungen von mehreren tausend politischen Dissident*innen in den Gefängnissen Evin und Gohardasht zwischen Ende Juli und Anfang September 1988 verantwortlich war.

Seit seiner Ernennung zum Chef des iranischen Justizwesens im März 2019 wurden unter Ebrahim Raisi tausende friedliche Demonstrant*innen, Dissident*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Angehörige verfolgter ethnischer und religiöser Minderheiten verhaftet. Unter seiner Aufsicht hat die Justiz Regierungsbeamt*innen und Sicherheitskräften Straffreiheit gewährt, die für die rechtswidrige Tötung von hunderten Männern, Frauen und Kindern und für die Massenverhaftungen von Tausenden von Demonstrant*innen während und nach der landesweiten Proteste im November 2019 verantwortlich sind. Amnesty International fordert weiterhin, dass gegen Ebrahim Raisi wegen seiner Verwicklung in Verbrechen nach internationalem Recht ermittelt wird.

DER GREEN DEAL UND DIE FRAUEN



Welche Schritte wurden unternommen und was muss noch getan werden, um die Gleichstellung der Geschlechter zu einem integralen Bestandteil des European Green Deal zu machen?

Auf Europäischer Ebene wurde der European Green Deal beschlossen. Europa soll bis 2050 klimaneutral werden. Daneben zielt die Gleichstellungsstrategie der EU auf die Gleichstellung der Geschlechter in der Europäischen Union ab. Diese beiden, sehr wichtigen Gebiete wurden unabhängig voneinander in Silos beschlossen. Nun sollen die beiden Themen im Rahmen der Umsetzung gemeinsam betrachtet werden.

Geschlechterfolgenabschätzungen werden dabei eine entscheidende Rolle spielen. Dabei soll geprüft werden, wie sich Politik und Gesetzgebung zu Klimathemen auf Frauen auswirken. So kann festgestellt werden, was verschiedene Aspekte der Energiewende (z. B. Auswirkungen auf die Energiepreise, Energieeffizianzforderungen) für das tägliche Leben von Frauen bedeuten.

KAUM FRAUEN BEI POLITISCHEN ENTSCHEIDUNGEN.

Das ist wichtig, da auf politischer Ebene kein oder zu wenig Gender Mainstreaming betrieben wurde. In Grassroot Organisationen sind Frauen vertreten. Sie sind aber nicht dort, wo in Politik oder Wirtschaft Entscheidungen getroffen werden.

Bestehende Ungleichheiten sollen dabei im Rahmen der Änderung unserer Energiesysteme behoben werden. Bei der Umsetzung der Energie- und Klimapolitik sind Ungleichheiten in Bezug auf Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Behinderung und Alter und deren Behebung zu berücksichtigen. Das gilt umso mehr, als Frauen, Kindern und Minderheiten am stärksten von Klimawandel und Energiearmut betroffen sind.

Wichtig ist eine breite Diskussion, damit der Fokus nicht auf Themen liegt, die Männer betreffen (z.B. Kompensationen für Stahlarbeiter). Der Green Deal fokussiert auf Jobs

und Arbeit. Es geht um Energie und technische Entwicklungen. Daher ist es wichtig, Geschlechterstereotype zu bekämpfen und Bildung und Beschäftigung von Mädchen und Frauen in diesen Bereichen zu fördern. Auf europäischer Ebene gibt es nun Gleichstellungskordinator*innen. Außerhalb der europäischen Institutionen wird ein Netzwerk zwischen Umwelt- und Frauenrechtsorganisationen aufgebaut, um an Gleichberechtigung, Vielfalt und Inklusion in den Organisationen zu arbeiten. Dabei kommt es zu einem Austausch von Best Practices. Dazu gibt es bereits interessante Initiativen, zum Beispiel:

SPANIEN - ECOLOGISTAS EN ACCIÓN.

Ecologistas en Acción ist ein Zusammenschluss von mehr als 300 Umweltgruppen. Es werden Sensibilisierungskampagnen, öffentliche oder rechtliche Beschwerden gegen umweltschädliche Aktionen durchgeführt und gleichzeitig konkrete und praktikable Alternativen entwickelt. Ökofeministische Projekte werden dabei in einer Landkarte von Spanien erfasst.

www.ecologistasenaccion.org/mapas/mapeoecofem

WECF – WOMEN ENGAGE FOR A COMMON FUTURE.

WECF ist ein internationales Netzwerk, bestehend aus über 150 Frauen-, Umwelt- und Gesundheitsorganisationen. WECF führt Projekte in derzeit etwa 50 verschiedenen Ländern durch und setzt sich weltweit für eine gesunde Umwelt für alle ein, in der niemand zurückgelassen wird.

WECF hat eine ökofeministische Scorekarte entwickelt. Damit werden Parteiprogramme und politische Erklärungen analysiert, inwiefern sich Parteien für ein geschlechtergerechtes und nachhaltiges Europa einsetzen.

wecf.org/ecofeministscorecard

*Von Barbara Wagner,
Netzwerk Frauenrechte und
Amnesty-Präsidiumsmitglied*



MEXIKO

MIT GEWALT ZUM SCHWEIGEN BRINGEN

Die mexikanische Polizei verhaftet protestierende Frauen willkürlich, schlägt sie und wendet sexuelle Gewalt gegen sie an, um sie für ihre Teilnahme an Demonstrationen zu bestrafen.

Am 9. November 2020 ging Quetzaly Rojas, eine junge Menschenrechtsverteidigerin, die sich für die Rechte der Frauen in Mexiko einsetzt, auf die Straße, um Gerechtigkeit für die Ermordung einer Frau aus ihrer Gemeinde zu fordern. Die Polizei schlug den Protest gewaltsam nieder und schoss mit scharfer Munition in die Luft, um die Menge zu zerstreuen. Sie nahmen Quetzaly fest und schleppten sie in das Rathaus von Cancún, vor dem der Protest stattfand. Dort schlugen und traten sie sie, und ein Polizeibeamter griff sie sexuell an.

Die Geschichte von Quetzaly ist kein Einzelfall. Die Polizei geht in Mexiko häufig gewaltsam gegen feministische Proteste von Frauen vor. All dies in einem Land, in dem geschlechtsspezifische Gewalt weit verbreitet ist und jeden Tag durchschnittlich zehn Frauen getötet werden.

PROTESTE GEGEN GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT. Die mexikanischen Behörden gingen mit großer Härte gegen Frauen vor, die im Jahr 2020 friedlich gegen geschlechtsspezifische Gewalt protestierten. Sie verletzen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung, indem sie unnötige und exzessive Gewalt, willkürliche Verhaftungen und sogar sexuelle Gewalt anwandten, stellte Amnesty International in einem heuer veröffentlichten Bericht fest.

Analysiert wurden fünf Proteste, die Frauen und feministische Gruppen im vergangenen Jahr in den Bundesstaaten Guanajuato, Sinaloa, Quintana Roo, im Bundesstaat Mexiko und in Mexiko-Stadt gegen geschlechtsspezifische Gewalt durchgeführt haben.

„Die gewaltsame Reaktion der verschiedenen Behörden auf die Proteste der Frauen verletzte ihr Recht auf freie Meinungsäuße-

MIT SCHARFER MUNITION GEGEN DEMONSTRANTINNEN

WENDY GALARZA (Bild links) ist eine engagierte Erzieherin. Sie setzt sich leidenschaftlich für die Förderung von Kindern in ihren jüngsten Jahren ein, weil sie glaubt, dass dies der beste Weg ist, eine freundlichere und mitfühlendere Gesellschaft zu schaffen. Für dieses Ziel setzt sich Wendy in Mexiko ein, wo Frauen oft gedemütigt, angegriffen und getötet werden, nur weil sie Frauen sind. Als feministische Aktivistin hätte auch sie fast ihr Leben verloren.

Am 9. November 2020 nahm Wendy an einer von feministischen Kollektiven organisierten Demonstration in Cancún teil, um Gerechtigkeit für den Mord an einer Frau namens Alexis zu fordern. Doch als eine Gruppe von Demonstrant*innen begann, einige Holzbarrieren niederzureißen und zu verbrennen, gab die Polizei Schüsse in die Luft und, wie es heißt, auch in die Menge ab. Später stellte Wendy fest, dass sie Schusswunden im Bein und in der Vulva hatte. Zwei Tage später reichte sie eine Anzeige gegen die Polizei ein. Es dauerte Monate, bis die Staatsanwaltschaft ihre zusätzlichen Beweise akzeptierte, darunter Kleidung mit Einschusslöchern vom Tag des Protests. Das Verfahren dauert bis heute an. Diejenigen, die verdächtigt werden, für die Schüsse auf sie verantwortlich zu sein, wurden nicht vor Gericht gestellt.

Unbeirrt gründete Wendy mit anderen Frauen, die während des Protests angegriffen wurden, ein Kollektiv. „Ich werde nie zulassen, dass dieser 9. November vergessen wird“, sagt sie. „Ich werde weiterhin meine Stimme erheben und meine Menschenrechte und die meiner Mitstreiterinnen verteidigen.“

Die Demonstration war eine friedliche Versammlung. Bei den Verhaftungen und Verlegungen sprachen die Polizeibeamten die Frauen mit einer brutalen und sexualisierten Sprache an, drohten ihnen Gewalt an und setzten sie körperlicher und sexueller Gewalt aus. Viele Frauen wussten nicht, wo sie sich befanden, wer sie verhaftete oder wohin sie gebracht wurden, so dass ihnen das Verschwindenlassen drohte“, sagte Tania Reneaum Panszi, Geschäftsführerin von Amnesty International Mexiko.

„Behörden auf verschiedenen Regierungsebenen verunglimpften die Proteste der Frauen und bezeichneten sie als „gewalttätig“, um ihren Aktivismus zu diskreditieren und ihre Motive in Frage zu stellen. Aber täuschen Sie sich nicht, diese Proteste sind ein Aufschrei für das Recht der Frauen, ein Leben frei von Gewalt zu führen. Sie sind ein Aufschrei, die Straflosigkeit zu bekämpfen, die in tausenden Fällen von Frauenmorden und sexueller Gewalt herrscht, die unvorstellbares Leid für so viele Familien in Mexiko verursacht haben.“

REGELWIDRIGE FESTNAHMEN UND EINZELHAFT.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass Polizeibeamte mehr als ein Dutzend Frauen festnahmen, ohne sich ordnungsgemäß auszuweisen, sie lange Zeit in Isolationshaft hielten, sie auf ungewöhnlichen Wegen abtransportierten, ohne ihnen mitzuteilen, wohin sie gebracht wurden. Einige wurden nicht den zuständigen Behörden vorgeführt, wodurch sie große Angst hatten, Opfer eines gewaltsamen „Verschwindenlassens“ zu werden.

Absichtlich Leid, Angst und Unsicherheit zuzufügen, verletzt das Recht auf persönliche Sicherheit und verstößt gegen das absolute Verbot von Folter und anderen Formen der Misshandlung.

Darüber hinaus wandten Polizeibeamte bei vielen Gelegenheiten sexuelle Gewalt als Taktik an, um Frauen eine Lektion zu erteilen, weil sie es gewagt hatten, öffentlich zu protestieren und weil sie sich den Geschlechterstereotypen entgegen stellten, denen zufolge Frauen zu Hause bleiben und „nicht auf die Straße gehen sollten, um Ärger zu suchen“. Amnesty International betont, dass jeder sexuelle Missbrauch durch eine staatliche Behörde gemäß den internationalen Menschenrechtsnormen, einschließlich der Urteile der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IACHR) in Bezug auf Mexiko, als eine Form der Folter zu betrachten ist.

ÜBLE BESCHULDIGUNGEN. In Mexiko-Stadt bezeichnete die Regierungschefin Claudia Sheinbaum die Proteste als „Provokationen“, die auf eine gewaltsamere Reaktion des Staates abzielten, um mehr Aufmerksamkeit zu erreichen.

In León, Guanajuato, sagte der Sekretär für öffentliche Sicherheit, dass die Stadt nicht ein „gewalttätiges Protestgebiet“ werden dürfe, um die Einschränkung und Auflösung der Proteste zu rechtfertigen. Diese Stigmatisierung schuf ein feindliches Umfeld für das Recht der Frauen auf friedliche Versammlung, was ihren Aktivismus diskreditiert und sowohl die Behörden als auch die



„Galerie der verschwundenen Frauen“ steht auf dieser Wand des Rathauses von Cancún nach der Demonstration am 9. November 2020
© Amnesty Mexiko



Zivilbevölkerung ermutigt, Gewalt gegen sie auszuüben.

Im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen dürfen die Behörden die Gewalttaten einiger weniger Personen während einer Demonstration nicht als Vorwand nutzen, um die Mehrheit an der Ausübung ihrer Rechte zu hindern. Sie müssen sicherstellen, dass diejenigen, die friedlich protestieren, dies auch weiterhin tun können. Amnesty International stellte fest, dass die Behörden die Rechte der Demonstrant*innen in unzulässiger Weise einschränkten, indem sie die Proteste und Aktionen, wie z. B. das Malen von Slogans an öffentliche Wände oder das Verändern von Denkmälern, als gewalttätig einstufen. Auch wenn die Behörden berechtigterweise bestimmte Beschränkungen auferlegen können, um Schäden an öffentlichem oder privatem Eigentum zu verhindern, dürfen sie keine Maßnahmen ergreifen, die die Menschenrechte unangemessen einschränken und friedlich protestierende behindern.

KRIMINALISIERT wurden auch Frauen, die an Protesten mit bedecktem Gesicht teilnahmen – auch solche, die Masken zur Verhinderung der Ausbreitung von COVID-19 trugen - oder die schwarz gekleidet waren. Das Bedecken des Gesichts oder eine bestimmte Kleidung darf nicht mit der Begehung eines Verbrechens gleichgesetzt werden und auch nicht als Rechtfertigung für eine Verhaftung oder

Gewaltanwendung während der Proteste dienen.

Amnesty International fordert die Behörden auf, die Legitimität der Proteste von Frauen und feministischen Gruppen kontinuierlich und umfassend anzuerkennen und von stigmatisierenden Äußerungen gegen die Protestierenden abzusehen.

UNABHÄNGIGE UNTERSUCHUNGEN NÖTIG. Zu Berichten über sexuelle Gewalt, die von Demonstrantinnen eingereicht wurden, müssen die Behörden sofortige, umfassende, unabhängige und unparteiische Ermittlungen durchführen, um sicherzustellen, dass die Verantwortlichen in fairen Verfahren vor Gericht gestellt werden und eine umfassende Wiedergutmachung für die Schäden der Opfer gewährleistet wird.

Sie müssen auch die unnötige und übermäßige Gewaltanwendung während der Proteste untersuchen und die Verantwortung der einzelnen Polizeibeamt*innen feststellen.

Schließlich fordert Amnesty die Behörden auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um das Recht der Frauen auf ein Leben frei von Gewalt, insbesondere von Femizid und den verschiedenen Formen sexueller Gewalt, zu verhindern, zu schützen und zu gewährleisten und einen angemessenen Zugang zur Justiz und zur Wiedergutmachung für diejenigen zu garantieren, die unter geschlechtsspezifischer Gewalt gelitten haben.

SETZ DICH EIN!
Bitte schick
den Appellbrief
möglichst
bald ab.



„Wir leben in einer männerdominierten Welt mit einer männerdominierten Kultur. Die Ungerechtigkeit unter den Geschlechtern schadet uns allen, denn sie verhindert, dass wir von der Intelligenz und Erfahrung der ganzen Menschheit profitieren.“

UNO-Generalsekretär Antonio Guterres

MILLIARDEN FÜR GLEICHSTELLUNG. Auf dem von UN Women einberufenen Forum für die Gleichstellung der Generationen im Juli stellten Politiker*innen, Führungskräfte aus der Wirtschaft und Aktivist*innen insgesamt 40 Milliarden Dollar für die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in Aussicht - wahrscheinlich der größte Dollarbetrag, der jemals für dieses Thema bereitgestellt wurde.

forum.generationequality.org



© Rita Newmann: Aktion Regen

INDONESIEN SCHAFFT JUNGFRÄULICHKEITSTEST FÜR SOLDATINNEN AB. Die indonesische Armee will endlich die umstrittene Praxis beenden, Soldatinnen vor deren Rekrutierung auf ihre Jungfräulichkeit zu überprüfen. Beim Militär wurde traditionell mit einem sogenannten Zwei-Finger-Test festgestellt, ob eine Anwärterin schon sexuell aktiv war. Nur Jungfrauen seien geeignet, ihrem Land mit der Waffe zu dienen, lautete die Regel. Auch die Verlobten von Soldaten mussten sich bisher den entwürdigenden Tests unterziehen. Human Rights Watch hatte die Jungfräulichkeitstests zuletzt als „geschlechtsspezifische Gewalt“ und „missbräuchlich, unwissenschaftlich und diskriminierend“ verurteilt.

MARIA HENGSTBERGER - EIN LEBEN FÜR DIE FRAUEN IN AFRIKA. Die Gynäkologin, Entwicklungshelferin und Visionärin feierte im August ihren 80. Geburtstag. Der von ihr gegründete Verein *Aktion Regen* bildet in Afrika sogenannte Rain Workers aus, die als Multiplikator*innen Wissen weitergeben. Als Mitglieder der Ortsgemeinschaften werden diese respektiert und sind mit Kulturen und Traditionen vertraut. Mit leicht begreifbaren, anschaulichen Trainings-Werkzeugen vermitteln sie komplexe Inhalte - Aufklärung und Familienplanung, sexuelle und reproduktive Gesundheit, Bekämpfung weiblicher Genitalverstümmelung, Menschenrechte - auch an Menschen mit geringer oder ohne Bildung. Die eindrucksvolle Bilanz: *Aktion Regen* hat bisher knapp 700 Rain Worker in 12 west- und ostafrikanischen Ländern ausgebildet und mit ihnen 500.000 Menschen aufgeklärt.

aktionregen.at

EHE OHNE GRENZEN. Die Initiative *Ehe ohne Grenzen* (EOG) erklärte das Jahr 2021 zum Jahr der LIEBE OHNE GRENZEN: Denn mit viel Liebe kämpft die Initiative seit 2006 für eine konsequente Anerkennung des Rechts auf Familienleben. Das 2006 eingeführte Fremdenrechtsgesetz beeinträchtigt binationale Paare seither in ihrer selbstbestimmten Lebensgestaltung und Lebensqualität in Österreich massiv. Ehe allein begründet nicht mehr das Recht auf Aufenthalt und gemeinsames Familienleben und öffnet nicht den Zugang zum Arbeitsmarkt. Gleichzeitig sehen sich binationale Paare mit Vorurteilen und Klischees konfrontiert. Die Initiative *Ehe ohne Grenzen* kämpft gegen gesetzliche Bestimmungen, die gemeinsames Ehe- und Familienleben verhindern. Das Hauptziel ist die rechtliche Gleichstellung von binationalen mit österreichischen Paaren und Lebensgemeinschaften. ehe-ohne-grenzen.at

StoP - STADTTEILE OHNE PARTNERGEWALT ist ein Nachbarschaftsprojekt mit dem Ziel, Partnergewalt und häusliche Gewalt an Frauen und Kindern zu verhindern. Es ist ein Gewaltpräventionsprojekt, das sich für gute Nachbarschaften und ein gewaltfreies Miteinander einsetzt. Jede*r kann einen Beitrag leisten, denn häusliche Gewalt und Partnergewalt kommen in allen sozialen Schichten, in allen Communities und Religionen vor. Das StoP-Projekt ermutigt Nachbar*innen, sich aktiv zu beteiligen und stärkt die Zivilcourage. Vor zwei Jahren startete StoP in Wien-Margareten. Heuer wird es auf sechs weitere Bundesländer ausgedehnt. Regelmäßige Gesprächsrunden, direkte Anlaufstellen in der Nachbarschaft und aktive Informationsarbeit sorgen für niederschweligen Zugang.

stop-partnergewalt.at



PERU

INDIGENE FRAUEN WEHREN SICH

Vertreter*innen von FUDIE (Frente Único de Defensa de los Intereses de Espinar), die gegen das Bergbauprojekt Tintaya-Antapaccay in Espinar, Departement Cusco, Peru, protestierten

© Amnesty International/Nataniel Furgang

„Was können wir sonst machen? Wir verlieren die Hoffnung,“ sagt Carmen Chambi Surco, die sich gemeinsam mit ihrer Mutter, Melchora Surco, gegen die Belastung durch giftige Metalle in Espinar in Peru einsetzt. Seit über zehn Jahren schon kämpfen die beiden indigenen K’ana Frauen für das Recht auf Gesundheit und sauberes Wasser in der Provinz in der Anden-Region Cusco. Durch ihren Aktivismus haben sie schon national und international Bekanntheit erlangt. Das Problem ist die nahegelegene Kupfer-Mine Tintaya Antapaccay in Alto Huancané, einem Distrikt von Espinar. Sie ist eine der wichtigsten Kupfer-Minen des Landes und wird von dem anglo-schweizerischen Unternehmen *Glencore PLC* betrieben. Laut den Bewohner*innen der Region ist die Mine für die gesundheitlichen Probleme der Menschen dort verantwortlich. Blut- und Urinproben belegen die Belastung der Körper mit 17 toxischen Metallen. Der Staat und das Unternehmen machen die natürlichen Vorkommnisse der Metalle in der Region für die Belastung verantwortlich. Schon seit 100 Jahren gibt es in der Provinz Minen, im Jahr 1917 begann die Suche nach Kupfer-Vorkommnissen in der Region. Die Tintaya-Mine ist seit 1985 aktiv, seit 2012 gibt es die Erweiterung durch die Tintaya Antapaccay Mine. Ob die Minen der

Grund für die Kontaminierung des Wassers sind, sollte das *Peruanische Institut für Nukleare Energie* erforschen, nachdem die Menschen der Region 2012 wegen der Situation streikten. Doch die Ergebnisse der Analyse wurden noch immer nicht veröffentlicht. Die Kontaminierung jedoch ist durch viele Studien belegt.

TOXISCHE SUBSTANZEN. Die Auswirkungen von Schwermetallen auf den Körper sind vielseitig. So können die toxischen Substanzen das Nervensystem beeinträchtigen und motorische Störungen, sowie den Verlust der Sehfähigkeit verursachen. Dermatitis und andere Krankheiten der Haut können sich entwickeln. Auch chronische Krankheiten wie zum Beispiel Krebs, Diabetes, Bluthochdruck und Nierenversagen können entstehen. Chronische Müdigkeit, Depression, Angststörungen, Gedächtnisverlust sind weitere Folgen der Belastung. Auch Übelkeit, Durchfall, Krämpfe, Missgeburten, Unfruchtbarkeit und Migräne sowie letztendlich der Tod sind Auswirkungen, an denen die Menschen durch die Umweltverschmutzung leiden. Schwermetalle belasten den Körper in vielen unterschiedlichen Bereichen. Doch der Zugang zum Gesundheitssystem ist schwierig und die Unterstützung gering. Das Recht auf Gesundheit ist in Peru gesetz-

Von Analena Bachmann,
ehrenamtliche Mitarbeiterin der
AKTIVISTIN in Berlin



lich verankert. Nicht nur mehrere internationale Verträge, die das Land unterzeichnet hat, schreiben dieses Recht vor, es ist auch im Artikel 7 der peruanischen Verfassung festgesetzt. Artikel 9 betraut zudem den Staat mit der Verantwortung, den Zugang zum Gesundheitssystem für alle möglich zu machen. Dieser Verantwortung kommt er jedoch seit Jahrzehnten nicht nach.

KRANKE KINDER. Deshalb sind Melchora Surco und ihre Tochter aktiv geworden. Seit vielen Jahren spüren sie die Auswirkungen der Metalle auf ihre Gesundheit und die ihrer Kinder und Mitmenschen in der Region und fordern Hilfe ein. Von Carmens sechs Kindern sind vier krank geworden. Sie leiden an Konzentrationsstörungen und Kopfschmerzen. Ein Kind wurde mit einem geschlossenen Ohr geboren, ein anderes hatte eine Zyste in der Lunge. Um für die Operation zu bezahlen, arbeitete Carmen Tag und Nacht. Mit weiteren Frauen kämpft sie für die Rechte ihrer Gemeinschaft.

„Wir, die Frauen, sind es, die die gesundheitlichen Probleme aus erster Hand erfahren. Unsere Ehemänner gehen zur Arbeit und wir bleiben hier mit der Umweltverschmutzung zurück,“ sagt Carmen. Die Frauen kochen mit dem kontaminierten Wasser, geben es ihren Kindern zu trinken. Sie sind auf die Wasserquelle angewiesen. Deshalb sprechen Carmen und ihre Mutter immer wieder mit Minister*innen, Bürgermeister*innen und Firmenvertretungen über ihre Anliegen. Gemeinsam mit weiteren Betroffenen anderer Gemeinschaften sind sie über die *Plattform für Menschen, die von giftigen Metallen betroffen sind*, vernetzt und machen ihre Stimmen laut (Amnesty International unterstützt die Plattform).

Beweise haben sie durch die Laboruntersuchungen. Staatliche Studien bezeugen, dass mehrere Gemeinschaften in der Region Espinar Schwermetallen ausgesetzt sind und dass ihre Hauptwasserquellen mit den toxischen Substanzen belastet sind. Im Oktober 2020 veröffentlichte das Gesundheitsministerium einen Bericht, der besagt, dass über 10 Millionen Menschen gefährdet sind, durch Schwermetalle und andere toxische Stoffe belastet zu sein. Außerdem sind mehr als 6 Millionen Menschen der Gefahr einer Exposition von Arsen und anderen Metalloiden ausgesetzt. Aber der Staat setzt keine Maßnahmen, um dem entgegen zu wirken, und den Bewohner*innen die benötigten medizinischen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

ERSTER ERFOLG. Doch der Einsatz der Frauen bleibt nicht ungehört. Im Jahr 2019 rief die Regionalregierung von Cusco einen Wasser-Notfall in Espinar aus. Die Behörden erkannten an, dass die Menschen unter der Umweltverschmutzung leiden und dass die medizinische Versorgung unzureichend ist. Am 30. Dezember 2020 ordnete der Oberste Gerichtshof von Cusco dem peruanischen Gesundheitsministerium an, eine Strategie für die öffentliche Gesundheit in Bezug auf den Gesundheitsnotstand durch die Belastung mit Metallen und toxischen Stoffen in Espinar zu erstellen und umzusetzen. Das Urteil ist nicht anfechtbar.

Die Frauen von Espinar kämpfen weiter, für Gerechtigkeit und ihre Gesundheit. „Ich spreche nicht nur für meinen Sohn. Elf Gemeinschaften sind davon betroffen. Ich bin hier, um unsere Rechte einzufordern,“ so Carmen.

Melchora Surco mit den Testergebnissen über zahlreiche toxische Substanzen in ihrem Körper

© Diego Cardenas Sedano / Amnesty International

ÜBERLEBEN ALS MIGRANT*IN

Migrant*innen aus Subsahara-Staaten in Marokko haben es in „normalen“ Zeiten schon sehr schwer. In der Pandemie verschärft sich ihr Elend. Der Verein ARCOM steht ihnen zur Seite. Frauen finden Zuflucht in einem Rasthaus in Rabat.

Von Emmanuel Mholela,
politischer Flüchtling aus der Demokratischen Republik Kongo, Gründer des Vereins ARCOM und Buchautor: Mein Weg vom Kongo nach Europa. Zwischen Widerstand, Flucht und Exil.
 Mandelbaum Verlag 2014

Unterstützer*innen unserer Arbeit sind jederzeit willkommen.
 Kontakt: Alexander Behr,
 Übersetzer des Buches:
 alexander.behr@univie.ac.at

Die 2005 gegründete *Association de Réfugiés et de Communautés Migrantes* (ARCOM - Verein für Geflüchtete und Migrant*innen) ist eine selbstverwaltete Organisation, die sich für die Rechte von Migrant*innen und Geflüchteten in Marokko einsetzt. ARCOM arbeitet an zwei Fronten: Recht und Soziales.

FRAUENHAUS FÜR MIGRANTINNEN. Im sozialen Bereich hat ARCOM 2015 ein Frauenhaus für Migrantinnen eingerichtet. Ursprünglich war dieses Haus für Migrantinnen gegründet worden, die nach einer langen und anstrengenden Reise gerade in Marokko angekommen waren, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich auszuruhen, bevor sie die nächste Etappe ihrer Reise planen. Derzeit nehmen wir aber auch Frauen und Kinder auf, die sich in den Wäldern im Norden Marokkos aufhalten, und von dort aus versuchen, nach Spanien zu gelangen, sowie Frauen und Kinder, die von Orten geflohen sind, an denen sie mehrere Wochen oder sogar Monate eingesperrt waren. Zur Zeit haben wir vier Wohnungen, von denen drei als Unterkünfte für jeweils 8 bis 10 Frauen genutzt werden, manchmal nehmen wir aber auch mehr Personen auf, da die Nachfrage immer hoch ist. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels beherbergen wir 21 Frauen und 13 Kinder im Alter von wenigen Monaten bis sieben Jahren. Zwei Frauen sind schwanger und stehen kurz vor der Geburt.

Die vierte Wohnung wird für Schul- und Ausbildungszwecke genutzt. Jede Woche kommen mehr als hundert Frauen, Jugendliche und Kinder unter zehn Jahren zu uns. Das Angebot umfasst

- ▶ Alphabetisierungskurse für Frauen, die Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben haben;

- ▶ Förderkurse für Schüler*innen, die öffentliche marokkanische Schulen besuchen;
- ▶ Vorschulklassen für Kinder unter sechs Jahren;
- ▶ Theater-, Computer- und Nähkurse.

Während des ersten Covid-19 Lockdowns im März 2020 schlossen wir unsere kleine Schule, im September 2020 wurde der Betrieb dann wieder aufgenommen. Seit der Wiederaufnahme des Unterrichts steigt die Zahl der Lernenden, und wir finden kaum genügend Platz, um die große Zahl von Schüler*innen unterzubringen.

ARCOM hat gerade ein Pilotprojekt für Schneidern und Nähen gestartet. Wir haben eine Gruppe von fünf Frauen und einem Mann aus denjenigen ausgewählt, die in unserer Nähwerkstatt ausgebildet wurden. Für diese Gruppe organisieren wir einen einmonatigen Schnellkurs im Schneidern und Nähen und im Friseurhandwerk, danach einen Lehrgang zur Gründung eines kleineren Unternehmens. Dann werden wir ihnen Maschinen und einige Näh- und Friseurausrüstungen zur Verfügung stellen, damit sie ihre eigene Nähwerkstatt oder einen Friseursalon eröffnen können.

AUF RECHTLICHER EBENE setzen wir uns für die Anerkennung und Achtung der Grundrechte von Migrant*innen ein. Wir arbeiten mit anderen selbstverwalteten Migrant*innenverbänden sowie mit marokkanischen und europäischen Vereinen zusammen, die sich mit dem Thema Bewegungsfreiheit, insbesondere dem Recht auf Ausreise und Niederlassung, befassen.

Die Gesundheitskrise, die die Welt seit dem Frühjahr 2020 heimgesucht hat, hat sich auch in Marokko negativ auf das täg-



liche Leben der Migrant*innen ausgewirkt. Migrant*innen in Marokko leben von einem Tag auf den anderen: Sobald die Sonne aufgeht, gehen einige von ihnen zu bestimmten Treffpunkten (meist bei den Wassertürmen), um auf Leute zu warten, die sie für Gelegenheitsarbeiten auf Baustellen oder für die Arbeit auf den Feldern holen. Andere gehen betteln, und wieder andere gehen zu verschiedenen Vereinen, um Hilfe zu bekommen, oder auf die Märkte, wo sie versuchen, Lebensmittel zu bekommen.

COVID VERSTÄRKT DAS ELEND. Aber mit Covid und den Gesundheitsmaßnahmen ist das Leben der Migrant*innen in Marokko fast zum Stillstand gekommen. Mit anderen Worten: Die Pandemie ist ein neues Kapitel in der langen Liste des Elends von Migrant*innen in Marokko. Sie fühlen sich im Stich gelassen und vor allem von den sozialen Schutzmaßnahmen der Regierung ausgeschlossen. In einer Ansprache hatte König Mohammed VI. zwar erklärt, dass alle gesundheitlichen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise gleichermaßen für alle ausländischen Bevölkerungsgruppen auf marokkanischem Staatsgebiet gelten. Leider klappt zwischen der öffentlichen Rede und der Realität vor Ort eine große Lücke. Migrant*innen wurden nicht einbezogen. Mehr noch: Sie wurden sogar aus den von ihnen gemieteten Wohnungen vertrieben, weil sie die Miete nicht

bezahlen konnten. Erwerbstätige Migrant*innen verloren ihren Arbeitsplatz und erhielten keine Arbeitslosenunterstützung. Darüber hinaus ist die Hälfte der Migrant*innen, die zum Zeitpunkt der Legalisierung eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten hatte, nun nicht in der Lage, ihre Genehmigung zu verlängern, darunter auch von der UNHCR anerkannte Flüchtlinge. Nach Angaben des Vertreters des UNHCR verfügen nun 45 % der vom UNHCR anerkannten Geflüchteten in Marokko nicht mehr über gültige Aufenthaltspapiere, und neun von zehn der Migrant*innen, die vor dem Lockdown einen Arbeitsplatz hatten, haben ihren Arbeitsplatz verloren.

IM MEER VERSCHWUNDEN. Diese Ereignisse treiben immer mehr Migrant*innen dazu, zu versuchen, das Mittelmeer zu überqueren. Viele sind dabei ertrunken. Einige versuchten es auf dem Landweg über die Kanarischen Inseln und nahmen dabei die Risiken in Kauf, die die Überquerung des Atlantiks mit sich bringt. Viele haben dabei ihr Leben verloren. Viele sind einfach verschwunden. Und es werden immer mehr. Wir betrauern den Tod vieler Migrant*innen, die zuvor in einer unserer Einrichtungen gelebt und gearbeitet haben, langjährige Freunde und Freundinnen, Frauen und Kinder, die unsere Kurse besucht haben, eine junge Mutter mit ihrem Baby, das sie

Im Frauenhaus Baobab in Rabat können sich Frauen von den Strapazen der Flucht erholen.

© Michael Rottmann



Konferenz „Parole aux Migrant-e-s“ im Dezember 2018 in Rabat

© Manuel Gruber

während ihres Aufenthalts bei uns zur Welt gebracht hatte.

HILFE FÜR GEFLÜCHTETE. Mit unserem Verein ARCOM helfen wir Migrant*innen weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten: Seit Beginn der Corona-Pandemie haben wir dank der Unterstützung unseres Partners Medico International mehr als 1.000 Lebensmittelkörbe und Masken an Migrant*innen verteilt, die in den Arbeitervierteln von Rabat wie Takkadoun, Youssoufia und Hay Nadha leben. Und natürlich kümmern wir uns um verschiedene individuelle Anfragen von Migrant*innen, die zu uns ins Büro kommen. Dabei geht es vor allem um Lebensmittel oder ein wenig Geld für die Miete. Frauen mit Kindern und junge Erwachsene sind am stärksten betroffen. Diese Situation wird noch länger dauern, zumal viele Vereine geschlossen haben oder online arbeiten, was es für Migrant*innen schwierig macht, die Dienste dieser Organisationen in Anspruch

zu nehmen. In Marokko schreitet die Impfkampagne voran, aber Migrant*innen ohne Papiere haben keinen Zugang zu den Impfungen. Hinzu kommt allerdings auch die mangelnde Bereitschaft von Migrant*innen, sich impfen zu lassen.

Auch in Zukunft wird ARCOM sich mit allen Kräften und zur Verfügung stehenden Mitteln für Migrant*innen aus den Subsahara-Staaten einsetzen. Wir werden sie unterstützen beim Erhalt und der Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen und bei der Arbeitssuche, uns für faire Verfahren bei Inhaftierung und Verurteilung einsetzen, Migrant*innen im Gefängnis besuchen, ihnen bei psychischen Problemen helfen, Kinder und Erwachsene in schulischen Belangen begleiten, ihnen Möglichkeiten der Ausbildung und Weiterbildung anbieten, gegen Menschenhandel und sexuelle Gewalt gegen Migrant*innen kämpfen und nicht zuletzt, sie für die Notwendigkeit von Impfungen gegen Covid sensibilisieren.

Mehr Information
zum Thema:
afrique-europe-interact.net

EUROPA MUSS RÜCKFÜHRUNGEN NACH LIBYEN STOPPEN

Männer, Frauen und Kinder, die bei der Überquerung des Mittelmeers aufgegriffen und unter Zwang in libysche Haftzentren zurückgebracht werden, sind dort schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Dazu zählt auch sexualisierte Gewalt. Das zeigen neue Beweise, die Amnesty International in einem im Juli veröffentlichten Bericht vorlegt, der die furchtbaren Folgen der Zusammenarbeit Europas mit Libyen im Bereich Migration und Grenzkontrolle verdeutlicht.

Der Bericht *„No one will look for you“: Forcibly returned from sea to abusive detention in Libya* dokumentiert, wie die jahrzehntelangen Menschenrechtsverletzungen gegen Geflüchtete und Migrant*innen in libyschen Haftzentren auch in den ersten sechs Monaten des Jahres 2021 unvermindert

weitergingen, trotz der wiederholten Versprechen, gegen diese vorzugehen.

Bei Recherchen zum Bericht stellte sich auch heraus, dass Libyens Amt für die Bekämpfung illegaler Migration (DCIM), eine Abteilung des Innenministeriums, seit Ende 2020 diesen Missbrauch sogar legitimiert hat: Seitdem sind der Behörde zwei neue Haftzentren unterstellt, in denen in den vergangenen Jahren Hunderte von Geflüchteten und Migrant*innen durch die Hand von Milizen dem Verschwindenlassen zum Opfer fielen. In einem der kürzlich umbenannten Zentren sagten Überlebende, dass die Wärter Frauen vergewaltigten und sie sexualisierter Gewalt aussetzten, unter anderem indem sie sie im Austausch für Essen oder ihre Freiheit zu Sex zwangen.

SEXUELLE VERSKLAVUNG IM TIGRAY-KONFLIKT

Frauen und Mädchen in Tigray wurden von bewaffneten Kräften, die mit der äthiopischen Regierung verbündet sind, vergewaltigt und anderer sexualisierter Gewalt ausgesetzt.

Seit Beginn der Konflikte in der Tigray-Region am 4. November 2020 wurden tausende Zivilpersonen getötet und hunderttausende Menschen innerhalb von Tigray vertrieben. Zehntausende flohen in den Sudan. Berichte über sexualisierte Gewalt blieben in den ersten beiden Monaten des Konflikts weitgehend vor der Außenwelt verborgen. Dies ist vor allem auf die von der äthiopischen Regierung verhängten Zugangsbeschränkungen und der Kappung von Kommunikationsmöglichkeiten zurückzuführen.

Der jüngste Amnesty-Bericht *„I Don't Know If They Realized I Was A Person': Rape and Other Sexual Violence in the Conflict in Tigray* zeigt auf, wie Frauen und Mädchen Opfer sexualisierter Gewalt durch Angehörige äthiopischer Streitkräfte, des eritreischen Militärs, der paramilitärischen Spezialpolizei der Region Amhara und der Miliz Fano in Amhara waren.

Soldaten und Milizen setzten Frauen und Mädchen in Tigray Vergewaltigungen, Gruppenvergewaltigungen, sexueller Versklavung und anderen Formen der Folter aus, wobei sie häufig diskriminierende Sprache verwendeten und Todesdrohungen ausstießen. Mehrere von Amnesty International befragte Überlebende gaben an, die Vergewaltiger hätten ihnen gesagt: „Das habt ihr verdient“ und „Ihr seid widerlich“.

VERGEWALTIGUNGEN ALS KRIEGSWAFFE. Das Muster der sexualisierten Gewalttaten, bei denen viele Überlebende bei der Vergewaltigung anderer Frauen zusehen mussten, deutet darauf hin, dass sexualisierte Gewalt weit verbreitet war und darauf abzielte, die Betroffenen und weitere Angehörige ihrer ethnischen Gruppe zu terrorisieren und zu demütigen. Zwölf Überlebende gaben an, dass Soldaten und

Milizen sie vor Familienmitgliedern, einschließlich Kindern, vergewaltigt haben. Fünf von ihnen waren zu diesem Zeitpunkt schwanger.



© Amnesty International / Illustration: Nala Haileselassie

SCHWERE GESUNDHEITLICHE UND PSYCHISCHE FOLGEN. Die Überlebenden leiden nach wie vor unter erheblichen körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen. Viele klagten über anhaltende Blutungen, Rückenschmerzen, Mobilitätsverlust und Fisteln. Einige wurden nach der Vergewaltigung positiv auf HIV getestet. Schlaflosigkeit, Angstzustände und psychische Probleme sind bei Betroffenen und Familienmitgliedern, die Zeug*innen der Gewalt wurden, weit verbreitet. Zudem kommt ein erschwerter Zugang zu medizinischer Versorgung.

„Es ist klar, dass Vergewaltigungen und sexualisierte Gewalt als Kriegswaffen eingesetzt wurden, um Frauen und Mädchen in Tigray dauerhafte physische und psychische Schäden zuzufügen. Hunderte von ihnen wurden brutal misshandelt, um sie zu erniedrigen und zu entmenschlichen“, sagte Agnès Callamard, die internationale Generalsekretärin von Amnesty International. „Dies ist eine Negierung der zentralen Grundsätze der Menschlichkeit. Das muss aufhören“, forderte sie.

Alle mutmaßlichen Fälle sexualisierter Gewalt müssen wirksam, unabhängig und unparteiisch untersucht werden, um sicherzustellen, dass Überlebende Gerechtigkeit erfahren. Zudem muss ein wirksames Rehabilitations- und Entschädigungsprogramm eingerichtet werden. Alle Konfliktparteien müssen außerdem den ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe sicherstellen.



BELARUS

VON GEFEIERTEN ZU VERFOLGTEN

Massive Repressalien gegen Hochleistungssportler*innen in Belarus

Die belarussische Olympia-Athletin Kristina Timanowskaja suchte Anfang August um Asyl in der polnischen Botschaft in Tokyo an. Sie ist nur eine von vielen Hochleistungssportler*innen, die die Regierung ins Visier nimmt.

Viele belarussische Sportler*innen mussten ihre Karriere und ihre Freiheit aufgeben, weil sie sich mutig gegen die Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land aussprachen. Und das, weil Sport für Alexander Lukaschenko eine besonders wichtige Rolle spielt. Der Präsident ist begeisterter Amateur-Hockeyspieler und war bis Dezember 2020 selbst Vorstand des belarussischen Nationalen Olympischen Komitees. Dies geht aus einem neuen Bericht *Belarus: Crackdown on Athletes* von Amnesty International hervor, der im Rahmen der Kampagne #StandWithBelarus veröffentlicht wurde.

95 ATHLET*INNEN 2020 INHAFTIERT. Im August 2020 unterzeichneten mehr als 1.000 Sportler*innen einen offenen Brief, in dem neue Wahlen, das Ende von Folter und anderer Misshandlung sowie keine weiteren Fest-

nahmen friedlicher Protestierender gefordert wurden. Die Vergeltungsmaßnahmen der Regierung ließen nicht lange auf sich warten. Nach Angaben der *Belarusian Sport Solidarity Foundation* (BSSF), einer NGO zur Unterstützung von Sportler*innen, die aufgrund ihrer politischen Ansichten verfolgt werden, sind bisher insgesamt 95 Athlet*innen wegen der Teilnahme an friedlichen Protesten inhaftiert worden.

Sieben davon wurden aufgrund ihrer friedlichen Regierungskritik wegen politischer Vergehen angeklagt. 124 Sportler*innen wurden auf andere Weise ins Visier genommen, wie zum Beispiel 35 Athlet*innen und Trainer*innen, die aus dem Nationalteam ausgeschlossen wurden.

NICHT LÄNGER SCHWEIGEN. Die dreifache Olympiamedaillengewinnerin Aliaksandra Herasimenia leitet seit zwei Jahren Schwimmkurse für Kinder, nachdem sie das Wettbewerbschwimmen an den Nagel gehängt hat. Sie fühlte sich verpflichtet, in den sozialen Medien Stellung zu beziehen: „Ich hatte die Wahl, entweder meine Meinung zu vertre-

Bei Interesse an unserem monatlichen Newsletter oder einer Mitarbeit in unserem Netzwerk schreib bitte an frauenrechte@amnesty.at.

ten oder nichts zu sagen. Für unsere Kurse mieten wir Schwimmbäder vom Staat, daher war mir klar: Wenn ich meine Ansichten vertrete, wird das auch Folgen für meine Kolleg*innen und die Kinder haben. Zuerst wusste ich nicht, was ich tun sollte, doch nach ein paar Tagen wurde mir klar, dass ich nicht länger schweigen konnte“, erinnert sie sich im Gespräch mit Amnesty. Es kam, wie es kommen musste: Innerhalb weniger Tage durfte sie kein einziges Schwimmbad mehr benutzen.

Aliaksandra Herasimenia ist mittlerweile Vorsitzende der BSSF, die sich beim Internationalen Olympischen Komitee erfolgreich dafür eingesetzt hat, Alexander Lukaschenko als Leiter des Nationalen Olympischen Komitees zu ersetzen und einige internationale Sportveranstaltungen nicht in Belarus abzuhalten. Am 2. April 2021 erklärte die belarussische Ermittlungsbehörde, dass ein Strafverfahren gegen Aliaksandra Herasimenia und ihren

Kollegen Alexander Apeikin, den BSSF-Direktor, eingeleitet worden sei. Man wirft ihnen vor, „zu Handlungen aufgerufen zu haben, um die nationale Sicherheit zu gefährden“. Dieser Straftatbestand kann mit bis zu sieben Jahren Haft geahndet werden.

ALENA LEUTSCHANKA, eine der bekanntesten Athlet*innen in Belarus, ist eine Basketballspielerin, die bei den Olympischen Spielen schon zweimal Gold geholt hat. Sie äußerte sich öffentlich zu den Geschehnissen in Belarus und vertrat ihre Ansichten in den sozialen Medien.

Am 30. September 2020 wurde sie am Flughafen von Minsk festgenommen, als sie für die Behandlung einer Sportverletzung nach Griechenland fliegen wollte. Sie verbrachte 15 Tage in der berüchtigten Hafteinrichtung Akrestsina in Minsk und berichtete Amnesty International über die besonders raue Behandlung von Inhaftierten.

FREIHEIT FÜR MARFA RABKOVA!

Die Menschenrechtsverteidigerin Marfa Rabkova wurde am Abend des 17. September 2020 unter falschen Anschuldigungen von Angehörigen einer dem Innenministerium unterstehenden Spezialeinheit festgenommen. Am 25. September wurde sie des „Trainings von Menschen zur Teilnahme an Aufständen“ angeklagt. Im Falle einer Verurteilung drohen ihr bis zu drei Jahre Haft. Sie ist eine gewaltlose politische Gefangene, die allein wegen ihres rechtmäßigen Einsatzes als Menschenrechtsverteidigerin schikaniert wird. Sie arbeitet als Koordinatorin des Freiwilligendienstes des Menschenrechtszentrums Viasna, beobachtet Demonstrationen

und dokumentiert Menschenrechtsverletzungen wie Folter oder andere Misshandlungen an friedlichen Protestierenden, die von Vollzugsbehörden verhaftet wurden.

Frauen, die bei den Protesten in Weißrussland eine wichtige Rolle spielten, sind Repressalien und Drohungen ausgesetzt. Aktivistinnen berichteten Amnesty, dass sie beschuldigt wurden, „schlechte Mütter“ und „schlechte Ehefrauen“ zu sein, und dass die Behörden ihnen gedroht hatten, ihnen ihre Kinder wegzunehmen. Außerdem wurden sie in der Haft misshandelt und aufgrund unbegründeter Strafverfolgungen zu Haftstrafen verurteilt.

SETZ DICH EIN!
Bitte schick
den Appellbrief
möglichst
bald ab.

„ICH HÄTTE NIE GEDACHT, DASS ICH DAVON GEHEILT WERDEN KÖNNTE“

Viele Frauen in Simbabwe leiden an Geburtsfisteln. Frühe Schwangerschaften, teure medizinische Geburtsversorgung und fehlende Aufklärung sind die Ursachen.

„Seit drei Jahren kann ich keine Unterwäsche mehr tragen, der Urin läuft ständig aus. Ich habe Wunden an meinen Genitalien, die wegen der Feuchtigkeit nicht heilen. Ich fürchte mich davor, in die Öffentlichkeit zu gehen. Ich bin an dieses Haus gebunden, damit ich jedes Mal baden kann, wenn ich mich verschmutzt habe. Meine ganze Familie glaubt, ich sei verflucht.“

Nyaradzai, eine 19-jährige Frau aus der Provinz Mashonaland West, Simbabwe.

“I NEVER THOUGHT I COULD GET HEALED FROM THIS” BARRIERS TO TREATMENT AND HUMAN RIGHTS ABUSES AGAINST WOMEN AND GIRLS WITH OBSTETRIC FISTULA IN ZIMBABWE Zusammenfassung und Übersetzung des Amnesty-Berichts: Katharina Sigwald, NW Frauenrechte

Der erschwerte Zugang zu medizinischen Einrichtungen für schwangere Frauen und Mädchen in Simbabwe hat dramatische Folgen: lebensbedrohliche oder lebensverändernde Komplikationen wie Geburtsfisteln (Vesikovaginale Fisteln), die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als einer der schwerwiegendsten Geburtsverletzungen beschrieben werden.

DIE URSACHEN. Geburtsfisteln treten häufig in Verbindung mit erschweren und langen Geburten, sowie verfrühten Schwangerschaften auf. Befindet sich ein Kind zu lange im Geburtskanal, bricht die Blutversorgung durch den langanhaltenden Druck ab und lässt das Gewebe zwischen Vagina und Blase, oder Darm absterben. Betroffene Frauen sind meist nicht in der Lage, Stuhl oder Urin zu halten, und dieser tritt unkontrolliert über die Vagina aus. Erschwerte und langanhaltende Wehen sind in Verbindung mit Geburtsfisteln eine der Hauptgründe von Müttersterblichkeit weltweit, und in 90% aller Fälle kommen Neugeborene tot zu Welt. Neben den medizinischen

Komplikationen erleiden Frauen mit Geburtsfisteln extreme soziale Ausgrenzung. Weltweit sind jährlich zwischen 50.000 und 100.000 Frauen betroffen. Länder mit geringem ökonomischem Einkommen in Afrika und Asien weisen die höchsten Vorfälle auf. Shuvai ist heute 29 Jahre alt und leidet seit elf Jahren an Geburtsfisteln. Ihr Ehemann lehnte eine Geburt im Krankenhaus ab, und sie war gezwungen zuhause zu gebären. Der

Geburtsvorgang hielt vier Tage an und ihr Kind kam schlussendlich tot zur Welt. Bei Shuvai wurden nach Einlieferung im Krankenhaus Geburtsfisteln diagnostiziert. Eine weitere Überlebende ist Chenai, die mit 16 eine lange und harte Geburt erlebte. Auch ihr Kind kam tot zur Welt. Bis zu zwei Wochen nach der Geburt verblieb Chenai trotz unkontrolliert austretendem Urin zuhause, bevor sie in ein Krankenhaus gebracht wurde.

GEBURTSFISTELN FÜHREN ZU TRAUMATA UND SOZIALER STIGMATISIERUNG. Obwohl sie leicht vermeidbar sind, gibt es mehrere Gründe für die vermehrten Vorfälle in Simbabwe. Nicht nur werden medizinische Einrichtungen aufgrund eines unzureichenden Gesundheitssystems, inadäquater Einrichtung oder hoher Kosten gemieden, auch werden Hausgeburten aufgrund kultureller Praxen bevorzugt. Gleichzeitig betreuen in etwa 20% aller Fälle unausgebildete Geburtshelferinnen eine Hausgeburt, bei ungefähr 3% gebären Mütter ohne jegliche Unterstützung. Ein weiterer Grund ist die schlechte Informationsverbreitung über Geburtsfisteln. Viele Frauen, die mit Amnesty International sprachen, klagten darüber, die Gründe und Behandlungen für die Erkrankung nicht zu kennen, nicht zuletzt ausgelöst durch das unzulängliche postnatale Untersuchungssystem.

Laut der WHO lassen sich Geburtsfisteln verhindern: Frühe und ungeplante Schwangerschaften sowie Kinderheirat zu vermeiden, den Zugang zu akuter Geburtsversorgung, insbesondere zu Kaiserschnitt zu erleichtern und die vermehrte Aufklärung über Geburtsfisteln verringern das Risiko.

Absender*in:

BOTSCHAFT DER VEREINIGTEN
MEXIKANISCHEN STAATEN
S.E Herr Luis Javier CAMPUZANO PINA
Renngasse 5, 1. OG, Tür 5 + 6,
1010 Wien

Sehr geehrter Herr Botschafter,

Ich schreibe Ihnen, um meine Besorgnis über die Situation der feministischen Demonstrantinnen in Mexiko zum Ausdruck zu bringen.

Laut dem jüngsten Bericht von Amnesty International, „The Age of Women: Violence and Stigma against Women Protesters“ sind Frauen, die in Mexiko protestieren, neben anderen Menschenrechtsverletzungen häufig willkürlichen Festnahmen, übermäßiger Gewalt und sogar sexueller Gewalt ausgesetzt. Ich bin auch besorgt über die Stigmatisierung von Frauenprotesten durch die Behörden, die auf diskriminierenden Geschlechterstereotypen beruht. Laut dem Bericht von Amnesty International kam es im Jahr 2020 mindestens fünf Mal zu solchen Vorfällen.

Mexiko ist nach internationalem Recht verpflichtet, die Rechte von Frauen auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung zu respektieren, weshalb ich die mexikanische Regierung auffordere, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Öffentliche Anerkennung der Legitimität feministischer Proteste und anderer von Frauen durchgeführter Demonstrationen und Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass diese ohne Repressionen durchgeführt werden können.

2. Förderung der Einrichtung unabhängiger polizeilicher Überwachungsmechanismen an Orten, an denen Frauenproteste in der Vergangenheit unterdrückt wurden.

Ich bitte Sie, diese Empfehlungen an die zuständigen Stellen der mexikanischen Bundesregierung weiterzuleiten und gleichzeitig unsere Besorgnis in dieser Angelegenheit zum Ausdruck zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen,

Absender*in:

Oberste Justizautorität
Gholamhossein Mohseni Ejei
c/o Botschaft des Iran bei der Europäischen
Union
Avenue Franklin Roosevelt 15
1050 Bruxelles
Belgien

YASAMAN ARYANI und MONIREH ARABSHAHI

Exzellenz,

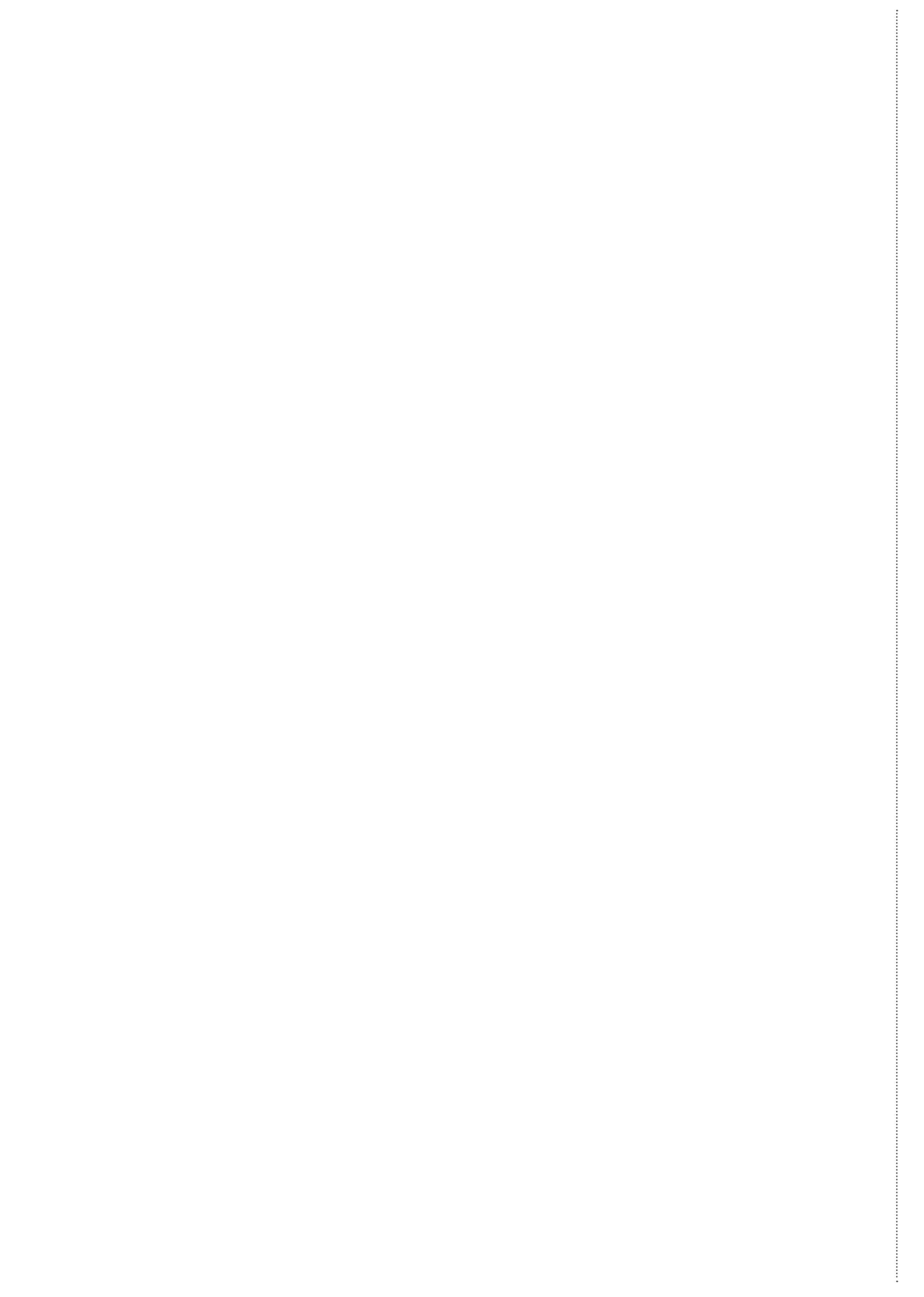
ich bin besorgt um die Frauen, die sich in Ihrem Land für grundlegende Menschenrechte einsetzen, wie Yasaman Aryani und ihre Mutter Monireh Arabshahi. Sie haben am 8. März 2019 friedlich ihr Recht auf Meinungsfreiheit ausgeübt und auf poetische Weise den gesetzlichen Kopftuchzwang kritisiert, indem sie ohne Kopfbedeckung Blumen in einer Teheraner U-Bahn verteilten. Dafür wurden sie zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt – eine drakonische Strafe. Die Strafe wurde kürzlich auf 9 Jahre und 7 Monate reduziert. Davon muss die längste Einzelstrafe von 5 Jahren und 6 Monaten verbüßt werden.

Ich schließe mich dem dringenden Appell von sechs UN-Sonderberichterstatter*innen an, die im August 2019 die sofortige Freilassung von Yasaman Aryani, Monireh Arabshahi und weiteren inhaftierten Menschenrechtsverteidigerinnen gefordert haben.

Daher fordere ich Sie auf:

- Lassen Sie Yasaman Aryani, Monireh Arabshahi und andere Frauenrechtlerinnen unverzüglich und bedingungslos frei, da sie gewaltlose politische Gefangene sind, die sich nur wegen ihres Engagements für die Menschenrechte in Haft befinden.
- Sorgen Sie dafür, dass die inhaftierten Frauenrechtlerinnen vor Folter oder anderer Misshandlung geschützt sind und regelmäßigen Kontakt zu ihren Familien und Rechtsbeiständen ihrer Wahl erhalten.
- Sorgen Sie dafür, dass die Frauen bei Krankheit, auch bei einer Covid 19-Infektion, adäquate medizinische Versorgung erhalten und dass Frau Arabshahis Schilddrüsenerkrankung behandelt wird.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass Frauenrechtlerinnen nicht kriminalisiert werden und der gesetzliche Kopftuchzwang abgeschafft wird.

Mit freundlichen Grüßen



Absender*in:

Prosecutor General of the Republic of
Belarus
Andrey Shved
Ul. Internatsionalnaya 22
220030 Minsk
BELARUS

MARFA RABKOVA

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt,

die Menschenrechtsverteidigerin Marfa Rabkova wurde am Abend des 17. September 2020 unter falschen Anschuldigungen von Angehörigen einer dem Innenministerium unterstehenden Spezialeinheit festgenommen. Am 25. September wurde sie des „Trainings von Menschen zur Teilnahme an Aufständen“ angeklagt. Im Falle einer Verurteilung drohen ihr bis zu drei Jahre Haft.

Marfa Rabkova ist eine gewaltlose politische Gefangene, die allein wegen ihres rechtmäßigen Einsatzes als Menschenrechtsverteidigerin schikaniert wird. Sie arbeitet als Koordinatorin des Freiwilligendienstes des Menschenrechtszentrums Viasna, beobachtet Demonstrationen und dokumentiert Menschenrechtsverletzungen wie Folter oder andere Misshandlungen an friedlichen Protestierenden, die von Vollzugsbehörden inhaftiert wurden.

Deshalb fordere ich,

- umgehend alle Anklagen gegen Marfa Rabkova fallenzulassen.
- dass Sie die nötigen Maßnahmen ergreifen, damit Marfa Rabkova und alle anderen gewaltlosen politischen Gefangenen in Belarus umgehend und bedingungslos freigelassen werden.

Hochachtungsvoll,

GEMEINSAM FÜR FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

24-Stunden-Betreuer*innen leisten im Stillen wichtige Arbeit, auf die sehr viele von uns früher oder später angewiesen sind: Rund um die Uhr tragen sie Sorge und Verantwortung für andere Menschen, die sich nicht mehr alleine um sich selbst kümmern können.

Doch die Betreuerinnen arbeiten häufig unter unsicheren, unfairen und prekären Bedingungen. Trotz der emotional und körperlich anspruchsvollen Arbeit werden 24h-Betreuer*innen oft unter dem Mindestlohn bezahlt, haben übermäßig lange Arbeitszeiten und erleben Diskriminierung und Belästigung am Arbeitsplatz. Ihre Rechte werden in Österreich nicht geschützt.

98% der Betreuer*innen in Österreich arbeiten als Selbstständige, obwohl sie de facto wenig Autonomie haben. Dadurch entstehen zahlreiche Probleme für sie: Der Arbeitnehmer*innen-Schutz bei Mindestlohn, Ruhe- und Höchstarbeitszeiten, Urlaub und Krankenstand greift nicht. Ihre Pausen

existieren oftmals nur auf dem Papier. Oft haben sie auch nachts Rufbereitschaft. Krank werden können sie nur auf eigene Kosten: Sie haben erst ab dem 42. Tag Anspruch auf Krankengeld.

Viele 24-Stunden-Betreuer*innen haben zu wenig Informationen über ihre Rechte und Pflichten, die sie als Selbstständige haben. Das führt dazu, dass sie bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit schlecht versichert sind und sich im schlimmsten Fall verschulden. Auch die COVID-19-Pandemie hat viele bestehenden Ungleichheiten und Probleme für 24-Stunden-Betreuer*innen verschärft. Ein rechtlicher Rahmen muss sicherstellen, dass alle 24h-Betreuer*innen in Österreich unter fairen Arbeitsbedingungen arbeiten können.



PETITION!
auf [amnesty.at](https://www.amnesty.at)
Bitte
unterschreiben!

SIE WOLLEN DIE AKTIV.IST.IN AB SOFORT 4 MAL IM JAHR KOSTENLOS ZU SICH NACH HAUSE GESCHICKT BEKOMMEN?

Scannen Sie den QR-Code, um direkt zu unserem **BESTELLFORMULAR** zu gelangen oder melden Sie sich direkt auf der Seite www.amnesty.at/aktivistin-abo-bestellung/ an.

*Diese Ausgabe der Aktiv.ist.in wird an ca. 14.000 Amnesty-Unterstützer*innen verschickt.*





MUTIGE FRAUEN IN AFGHANISTAN BRAUCHEN DRINGEND SCHUTZ!

Am 23.08 2021 nahmen Frauen an einer Anti-Taliban-Demonstration in Neu-Delhi teil. Sie fordern den Schutz der Frauen in Afghanistan nach der militärischen Übernahme des Landes durch die Taliban.

Seit der Machtübernahme der Taliban versuchen tausende Menschen verzweifelt aus dem Land zu fliehen. Menschen, die sich öffentlich für Demokratie, Freiheit und Frauenrechte einsetzen, sind in akuter Gefahr.

Sie fürchten um ihr Leben und haben schreckliche Angst!

Unsere besondere Sorge gilt dabei den zahlreichen Frauen, die sich mutig für mehr Rechte in ihrem Land eingesetzt haben. Sie

müssen jetzt um ihr Leben und das ihrer Familien bangen. Journalistinnen, Bürgermeisterinnen und Aktivistinnen schweben in Lebensgefahr. Sie müssen rasch in Sicherheit gebracht werden. Die Zeit drängt.

Setzen Sie sich mit uns für den **Schutz von Frauen und Mädchen in Gefahr ein!** Wir fordern von der österreichischen Regierung gemeinsam mit allen EU-Ländern, sie so schnell wie möglich aus Afghanistan zu evakuieren.

IHRE SPENDE HILFT!

€ 20.-, € 45.-, € 100.-

Und jeder andere Betrag zählt!

BITTE helfen Sie **JETZT** mit Ihrer wertvollen Spende! Bitte seien Sie mit uns gemeinsam eine Stimme **FÜR** mutige Frauen in Afghanistan.

DANKE!

Unser Spendenkonto IBAN: AT14 2011 1000 0031 6326 BIC: GIBA ATWW XXX